

Kurzinformationen

Auf seiner 44. Auslandsreise besuchte Johannes Paul II. Südkorea, Indonesien und Mauritius

Die ersten beiden Tage seiner Reise vom 6. bis 16. Oktober verbrachte der Papst in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul, wo sein Besuch Höhepunkt des Eucharistischen Weltkongresses war (vgl. ds. Heft, S. 497). Vom 9. bis zum 13. Oktober hielt sich Johannes Paul II. dann (erstmalig) in Indonesien auf, wo er neben Java auch das fast ganz katholische Flores und kurz Sumatra besuchte. Besondere Probleme bereitete der Aufenthalt des Papstes in *Ost-Timor*, der früheren portugiesischen Kolonie, die 1975 von Indonesien gewaltsam besetzt wurde und wo es seither zu massiven Menschenrechtsverletzungen durch indonesische Sicherheitskräfte kam. Der Vatikan hat die Souveränität Indonesiens über Ost-Timor ebenso wie die UNO nicht anerkannt; die Diözese Dili gehört nicht zu einer der indonesischen Kirchenprovinzen (vgl. HK, September 1985, 436 ff.). Johannes Paul II. nahm während seines Besuchs in Ost-Timor nicht direkt zu der schwierigen politischen und kirchlichen Situation Stellung, ermahnte aber die Gläubigen zu Versöhnung, Gerechtigkeit und Solidarität. Bei seinen Predigten und Ansprachen in Indonesien würdigte der Papst die indonesische Staatsphilosophie der „Pancasila“, auf die alle religiösen Gruppen des zu ca. 90 Prozent islamischen Inselstaates verpflichtet sind, und rief die Katholiken (sie stellen mit ca. 5 Millionen 3 Prozent der Gesamtbevölkerung) zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen auf. Zur Praxis des Glaubens gehöre auch die aktive Teilnahme am kulturellen, wirtschaftlichen, sozialen und politischen Leben Indonesiens. Bei einer *Begegnung mit Vertretern der anderen Kirchen und Religionen* in der Hauptstadt Jakarta hob Johannes Paul II. die Vielfalt der religiösen Traditionen des Landes als besonderen, erhaltenswerten Reichtum hervor. Die Treue zur Wahrheit der eigenen religiösen Tradition mache aus ihrem Wesen heraus den Dialog mit den anderen Religionen so notwendig wie fruchtbar. Auf der letzten Station seiner Reise, dem im Indischen Ozean gelegenen *Mauritius* (von den ca. 1 Million Einwohnern sind 30 Prozent katholisch), rief der Papst u. a. zum besonderen Schutz der Familie und der traditionellen Werte angesichts der Gefährdung durch das moderne Leben auf.

Das siebte Europäische Bischofssymposium befaßte sich mit Geburt und Tod als Herausforderungen für die Pastoral

Während das sechste Symposium der europäischen Bischöfe im Herbst 1985 sich allgemein mit den Problemen der Säkularisierung und Evangelisierung im gegenwärtigen Europa beschäftigt hatte (vgl. HK, November 1985, 502 ff.), hatte man sich diesmal für das Symposium vom 12. bis 17. Oktober in Rom ein eingegrenztes Problem-

feld vorgenommen, in der Absicht, ein Stück weit über abstrakte Fragestellungen hinauszukommen. Die etwa 100 Bischöfe und Berater befaßten sich mit den veränderten Einstellungen zu Geburt und Tod, zu denen zum einen die Möglichkeiten der modernen Medizin, zum anderen die Schwächung traditioneller christlicher Haltungen gegenüber dem Leben und seinem Ende geführt haben. Kardinal *Carlo Maria Martini*, Erzbischof von Mailand und Präsident des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE), der die Symposien veranstaltet, wies zur Eröffnung darauf hin, daß Geburt und Tod im Lauf der letzten Jahrzehnte eine allgemeine „medizinische Vereinnahmung“ erfahren hätten. Geburt und Tod würden immer weniger als vom Schicksal bestimmt, sondern immer mehr als von menschlicher Entscheidung abhängig betrachtet. Martini rief die Kirche dazu auf, die damit verbundenen Herausforderungen positiv aufzugreifen und zu versuchen, „das christliche Leben in eine hochtechnisierte Gesellschaft, die ihre wesentlichen Bedürfnisse wissenschaftlich befriedigt, einzupflanzen“. Das Grundsatzreferat hielt bei dem Symposium der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof *Karl Lehmann* (Mainz). Lehmann warnte dabei u. a. vor überzogenen Entgegensetzungen von Natur und Technik: Planung und Absichtlichkeit des Zeugens schüfen nicht schon von selbst eine Produktionsmentalität; der Geschenkcharakter kreatürlichen Lebens dürfe nicht romantisch verklart werden. Schöpfung sei nie Naturwüchsigkeit, sondern „zur geschichtlichen Verantwortung übergebene Einheit von Natur und Kultur“. Wie Kardinal Martini zum Abschluß des Symposiums festhielt, wollen die katholischen Ortskirchen in Europa den Menschen bei Geburt und Sterben noch stärker als bisher zur Seite stehen. Die Christen müßten sich in den verschiedenen sozialen, pflegerischen und politischen Bereichen engagieren und in das soziale Netzwerk die Werte des Evangeliums einfließen lassen.

Der Streit um das Karmelitinnenkloster in Auschwitz scheint vorerst beigelegt zu sein

Nach einer Intervention der Vatikanischen Kommission für die Beziehungen zum Judentum zugunsten der Verlegung der Karmelitinnenklosters sowie dem Einlenken von Primas *Glemp* in dieser Frage äußerte sich nun auch die Polnische Bischofskonferenz in diesem Sinne. In einer zum Abschluß der Herbstvollversammlung der Bischofskonferenz in Danzig veröffentlichten Erklärung begrüßten die Bischöfe die vatikanische Stellungnahme und sprachen sich gleichfalls für die Verlegung des umstrittenen Klosters aus. Das geplante Gebets- und Begegnungszentrum könne dazu beitragen, den Dialog zwischen Christen und Juden „im Geist gegenseitiger Achtung und gegenseitigen Verständnisses“ zu fördern. Das Zentrum

könne außerdem dazu beitragen, die Bedeutung des ehemaligen Konzentrationslagers Auschwitz für „Polen, Juden und andere Völker“, die allesamt Opfer des Nationalsozialismus geworden seien, stärker herauszustellen. Der Vorsitzende der Polnischen Bischofskonferenz, Kardinal Glemp, hatte sein Einlenken in der Frage der Verlegung des Karmelittinnenklosters in einem Brief an den Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Internationalen Rates von Christen und Juden, Sir *Sigmund Sternberg*, zum Ausdruck gebracht. Glemp sprach sich in diesem Brief für die Realisierung der Vereinbarungen von Genf aus dem Jahre 1987 aus und versprach, für einen „freundlichen Dialog zwischen Christen und Juden“ arbeiten zu wollen. Glemp gestand auch ein, daß er zeitweise moderate jüdische Stimmen im Streit um das Karmelittinnenkloster wie die von Sternberg nicht gekannt habe. Er sei daher froh, daß einige der schrillen Stimmen nicht die Meinung der Juden der Welt wiedergäben und „daß Aggression nicht Bestandteil der jüdischen Philosophie ist“. In der von Kardinal *Willebrands* unterzeichneten Erklärung der Vatikanischen Kommission für die Beziehungen zum Judentum hatte der Vatikan auch seine Bereitschaft angekündigt, das geplante Gebets- und Begegnungszentrum mitzufinanzieren.

Sorgen um die Pressefreiheit auf dem 15. Weltkongreß der katholischen Presse

Vom 16. bis 22. Oktober fand in Ruhpolding (Bayern) der 15. Weltkongreß der Katholischen Presse statt. An ihm nahmen Journalisten aus 78 Ländern, darunter starke Gruppen aus Ländern der Dritten Welt, teil. Sein Thema hieß „Kreativität und Verantwortung im Spannungsfeld neuer Pressetechnologie“. Der Einfluß technologischer Veränderungen auf die Arbeitsbedingungen und Abhängigkeitsverhältnisse der Journalisten war aber nur ein Schwerpunkt. Einen zweiten, sich teilweise mit diesem überschneidenden bildete die Frage nach den Grenzen und die *Gefahr der Einschränkung der Pressefreiheit in der Gesellschaft und Kirche*. Die interessantesten Beiträge dazu gab es auf einer dem Hauptkongreß vorgeschalteten Tagung von jungen Journalisten, an der an die 140 Journalisten im Alter bis zu 35 Jahren teilnahmen. Als besonders bemerkenswert wurden dabei die *Berufsbedingungen von Journalisten in Dritte-Welt-Ländern*, speziell aus Lateinamerika und Afrika, geschildert. Immer wieder mußten Medienleute dort bei der Ausübung des Berufs ihr Leben lassen, würden Opfer von Kriminellen oder von politisch motivierter Gewalt. Enorm niedrige Gehälter machten abhängig vom Geldgeber, und vielfach sei journalistische Arbeit unsichere Saisonarbeit, weil viele Publikationsorgane nur zeitweise, etwa zu Wahlzeiten erschienen. Einiges klargestellt wurde auch zum Verhältnis katholischer Presse und kirchliches Amt. *Wolfgang Seibel SJ*, Herausgeber der „*Stimmen der Zeit*“, erklärte dazu u. a.: Journalisten könnten keine Sprachrohre von Amtsträgern sein. Sie bestimmten auch nicht das Erscheinungsbild der Kirche, sondern müßten die Wirklichkeit so wiedergeben,

wie sie tatsächlich sei. Darum brauche sich Kirche aber nicht zu ängstigen, denn sachliche und kritische Berichterstattung biete der Kirche die Chance, Fehler zu erkennen und zu berichtigen. Auf dem Kongreß neu gegründet wurde eine „Region Europa“. Sie tritt zu den bisherigen fünf: Lateinamerika, Afrika, Südasien, Südostasien und Ostasien dazu. Vorsitzender dieser Region wurde der Ungar *László Lukács*.

Die Asiatische Christliche Konferenz (CCA) veranstaltete eine Tagung zur Frage der Mission in Asien

Ein Jahr vor ihrer nächsten Vollversammlung hielt die *Asiatische Christliche Konferenz* (CCA) in Cipanas (Indonesien) eine Missionskonferenz ab. Der 1959 als Ostasiatische Christliche Konferenz gegründeten und 1973 in ihren jetzigen Namen umbenannten CCA gehören ca. 100 nichtkatholische Kirchen Asiens und fünfzehn nationale Kirchenräte als Mitglieder an. Die Missionskonferenz stand unter dem Thema „Der Auftrag Gottes im Blick auf das Leiden und Kämpfen der Völker Asiens“ und setzte sich in drei Arbeitsgruppen („Das Werk Jesu unter den Menschen erkennen“; „Die Vision einer neuen Erde sehen“ und „Aufgerufen, eine Kirche des Volkes zu sein“) mit Möglichkeiten und Schwierigkeiten des christlichen Zeugnisses im gesellschaftlichen und religiösen Kontext Asiens auseinander. In seiner Eröffnungsrede geißelte der südkoreanische Presbyterianer *Kim Yong Bock* Armut und Leiden in asiatischen Ländern, für die soziale und wirtschaftliche Strukturen, autoritäre oder diktatorische Regierungssysteme und das Kastenwesen verantwortlich seien. Jesu Solidarität mit dem Volk könne die herrschenden Mächte nicht dulden, die die asiatischen Völker unterdrückten. Die Konferenz beschäftigte sich vor allem mit dem christlichen Missionsauftrag auf dem Hintergrund der asiatischen Religionen. Es waren auch Vertreter des Hinduismus und Buddhismus anwesend. Der buddhistische Mönch *Samitha Baddegama* hielt den Christen vor, zu sehr auf Bekehrungen aus zu sein, anstatt mit Angehörigen anderer Religionen zum Aufbau der asiatischen Gesellschaften in Gleichheit und Gerechtigkeit zusammenzuarbeiten. Der methodistische Bischof *S. K. Parmar* rief die Kirchen dazu auf, nicht so selbstgerecht zu sein. Das Evangelium sei Gottes Geschenk an alle Menschen. Ein Delegierter aus Sri Lanka wies darauf hin, daß die Mehrheit der Armen und Leidenden in Asien Nichtchristen seien. Wenn man davon ausgehe, daß Christus unter diesen Leidenden gegenwärtig sei, müsse man auch annehmen, daß sie in Christus seien und damit gerettet würden. Von seiten der Vereinigung der Asiatischen Bischofskonferenzen (FABC) wurde bei der Missionskonferenz erklärt, es brauche eine engere Zusammenarbeit zwischen der Asiatischen Christlichen Konferenz und den asiatischen Bischofskonferenzen, um das christliche Zeugnis in Asien deutlicher werden zu lassen. Die Konferenz sprach sich ihrerseits für die Schaffung eines die katholische Kirche einschließenden asiatischen Christenrats aus.